

## **Nachhaltige Verkehrspolitik statt private Renditeziele** **Holdingmodell widerspricht Bundesparteitagsbeschluss**

---

*Der Landesvorstand der Berliner SPD hat beschlossen:*

Die Bahn hat eine herausragende Bedeutung. Sie muss in öffentlichem Eigentum bleiben! Eine moderne Bahn in öffentlichem Eigentum muss dabei finanziell deutlich besser ausgestattet werden als bisher. Um die Bahn als Verkehrsträger auch zukünftig attraktiv zu halten, ist ein preisgünstiger, attraktiver und flächendeckender Schienenverkehr notwendig. Dies muss ein Schwerpunkt sozialdemokratischer Verkehrspolitik sein. Eine teilweise oder vollständig privatisierte Bahn gefährdet die Zukunft des Schienenverkehrs in Deutschland: Sie würde ihre Unternehmenspolitik an den Renditezielen der privaten Investoren statt an einer nachhaltigen Verkehrspolitik ausrichten.

Der Hamburger Bundesparteitag hat deshalb mit guten Gründen eine Teilprivatisierung der Deutschen Bahn AG kritisch beurteilt. Der Parteitag hat deshalb klare Bedingungen gestellt:

- Erhalt des integrierten Konzerns (also keine Trennung von Netz und Betrieb),
- Eine Teilprivatisierung der Deutschen Bahn AG ausschließlich mit stimmrechtlosen Vorzugsaktien (sog. „Volksaktien“),
- Private Investoren dürfen keinen Einfluss auf die Unternehmenspolitik der Deutschen Bahn AG gewinnen sowie
- die Infrastruktur muss das Eigentum des Bundes überführt werden.

Das nun von der Bundesregierung verfolgte Holdingmodell lässt sich nicht mit dem Beschluss des Hamburger Bundesparteitags vom 27. Oktober 2007 vereinbaren. Die geplante Holding-Struktur ist eine Vorstufe der Trennung von Netz und Betrieb. Die Bundesregierung prüft derzeit, mit dem Holding-Modell Stammaktien mit Stimmrecht auszugeben. Private Investoren erhalten so direkten Einfluss auf die Holding, die den gesamten Bahnverkehr betreiben soll. Einzig die Bedingung, dass die Infrastruktur zum Eigentum des Bundes werden soll, wird vom Holding-Modell erfüllt.

Das Holding-Modell widerspricht also eindeutig den Kriterien des Parteitagbeschluss. Für diesen Fall wurde beim Hamburger Parteitag festgelegt, dass die Entscheidung dem nächsten Bundesparteitag übertragen wird.

*Deshalb fordern wir die Bundesregierung auf, die teilweise Privatisierung der Bahn nach dem Holdingmodell zu stoppen. Wenn Bundesregierung und Parteiführung dieses Modell weiter verfolgen wollen, dann muss vorher ein Bundesparteitag dieses Modell beurteilen.*